

Jürgen Oelkers

Schulreform und was man dabei vermeiden sollte ^{)}*

1. Daltreys Paradox

Mit «Schulreform» werden Prozesse bezeichnet, für die zwei gegenläufige Tendenzen charakteristisch sind. Einerseits sind die Prozesse zielgesteuert und andererseits kommen sie an kein definitives Ende.

- An sich kann von Zielen nur dann gesprochen werden, wenn Erreichbarkeit gegeben ist.
- Im Blick auf Schulreformen werden «Ziele» oft so gefasst, dass sie lediglich für gute Absichten stehen, denen nicht widersprochen werden soll.
- Prozesse werden wohl von realen Zielsetzungen beeinflusst, ohne dass sich damit ein Endzustand verbinden liesse.

Eine solche Vorstellung der Begrenzung oder des Abschlusses widerspricht den Theorien von «Wandel», «Wachstum» und «Entwicklung», wie sie im pädagogischen Bereich diskutiert werden. Gemeinsam ist diesen Theorien, dass sie Fortschritt behaupten und ein Ende ausschliessen. Worauf sie abzielen, soll zugleich offen und geschlossen sein.

Die Vorstellung, wie mit der bestehenden Praxis umgegangen werden soll, kommt dem entgegen. Schulen gelten immer und an jedem Ort als reformierbar, was vor allem damit zu tun hat, dass die grossen Ziele so überzeugend erscheinen.

- Hinter den Zielen steht die Annahme einer unbedingten Notwendigkeit, die politischen Druck erzeugt und schnelles Handeln nahelegt.
- Günstig dafür sind Bildungskrisen oder Befürchtungen, den Anschluss zu verpassen.
- Dafür stehen die «deutsche Bildungskatastrophe» (1964), der «Pisa-Schock» (2001) oder die «Digitalisierungsoffensive» (2019).

Rascher Wandel verlangt günstige Erfolgserwartungen, die bei einem so komplexen System wie das der öffentlichen Schule nur abstrakt sein können und eigentlich aussichtslos erscheinen müssten. Dass Politik und Behörden zusammen mit den Aktivisten einer Reform trotzdem von Erfolg ausgehen, hängt mit der semantischen Fassung von «Zielen» zusammen. Sie scheinen immer eindeutig zu sein und so frei von Paradoxien, also ohne Widerspruch zwischen Erwartung und Befund.

Die Praxis der Erziehung dagegen lässt sich gerade als *Bearbeitung* von Paradoxien verstehen, die nicht beseitigt werden können und trotz gegenläufiger Ziele wirksam sind. Als «Führen oder Wachsenlassen» bezeichnete der deutsche Bildungsphilosoph Theodor Litt

^{*)} Vortrag in der Universität zu Köln am 8. Mai 2018.

(1927) das pädagogische Grundproblem vor mehr als neunzig Jahren, nannte das Verhältnis «dialektisch» und formulierte eine Paradoxie, die sich nicht auflösen liess. Führen widerspricht Wachsenlassen und verdeckt zugleich diesen Widerspruch.

Beispiele für die Wirksamkeit von Paradoxien im pädagogischen Feld müssen nicht lange gesucht werden und prägen das Leben vieler Menschen oft mehr als der Unterricht. Ich wähle die Autobiografie von Roger Daltrey, dem Sänger der Rockband The Who. Sein Buch trägt den Titel: *Thanks a Lot, Mr. Kibblewhite* (Daltrey 2018) und ist 2018 im englischen Original erschienen.

Mr. Kibblewhite war der Headmaster der Londoner Sekundarschule,¹ die Daltrey besucht hat. Als Jugendlicher war Daltrey aggressiv und fiel durch Gewalttaten auf dem Schulhof auf, nachdem er in der Primarschule ein Spitzenschüler gewesen ist. Mit fünfzehn prügelte er sich mit anderen Schülern, rauchte provozierend und galt schnell als «school rebel». Das forderte die Schulleitung heraus:

“That was the point at which the headmaster, Mr. Kibblewhite, decided I was expelled. ‘We can’t control you, Daltrey,’ he said. ‘You’re out.’ And, as I left his office for the last time, a parting gesture: ‘You’ll never make anything of your life, Daltrey.’ Thanks a lot, Mr. Kibblewhite, I thought” (ebd., S. 20)

Wir schreiben das Jahr 1959 und die Folgen waren gravierend. Nicht nur musste er seinen Eltern beichten, dass er von der Schule geflogen ist, auch musste er für sich selbst sorgen und ohne Schulabschluss zurechtkommen.

Doch der Dank an den Schulleiter war nicht gespielt oder zynisch, denn genau der Schulverweis war der tiefsitzende Anreiz, aus seinem Leben etwas zu machen, und zwar entgegen Elternhaus und Schule. Die Schmach lieferte die Schule, die Vision dagegen die Rockmusik.

Danach wurde das Leben zur Schule, aber das wäre ohne Mr. Kibblewhite nicht möglich gewesen. Andererseits heisst es über die Leere und Irrelevanz des Unterrichts, den Daltrey erlebt hat: «It’s amazing how you can apply yourself if there’s no trigonometry involved” (ebd. S. 23).

Die Wirkungen der Schule folgen also nicht immer der schulischen Moral und den Zielen, die sie verfolgen soll. Zwischen pädagogischen Intentionen und Wirkungen besteht grundsätzlich ein Hiatus, der sich auch mit den besten Absichten nicht überwinden lässt, was einfach damit zu tun hat, dass die Wirkungen den Intentionen nachfolgen und nicht ihr kausaler Effekt sind.

Andererseits ist Daltrey fair zu seiner Schule, denn ohne die Intervention des Schulleiters wäre sein Leben anders verlaufen und er hätte nie die Motivation gefunden, sich als freischwebender Sänger zu behaupten. Er hätte, anders gesagt, nie die *street credibility* entwickelt, die er brauchte, um vor seinen Fans zu bestehen. Die Ziele der Schule wurden verfehlt, aber hätte er sie erreicht, wäre aus ihm etwas ganz anderes geworden und wir hätten nie *Won’t Get Fooled Again* gehört.²

¹ Acton County Grammar School. Die Höhere Schule war selektiv. D.J. Kibblewhite wurde 1956 Schulleiter. Er führte die Koedukation ein und blieb bis 1974 in seinem Amt.

² *Won’t Get Fooled Again* wurde im Juni 1971 als Single veröffentlicht und erschien in der Langfassung im August 1971 auf der LP “Who’s Next”.

2. Obamas Geist

In der Schulreformdiskussion dominiert nicht erst heute die Zielsteuerung, die davon ausgeht, dass paradoxe Effekte vermieden werden können und Ziele zu erreichen sind, wenn sie nur mit den richtigen Mitteln angestrebt werden. Das gilt quer zu den politischen Lagern und ist älter als der PISA-Test, der überhaupt erst mit dieser Überzeugung der Steuerbarkeit des Systems möglich wurde. Dafür steht die Unterscheidung zwischen «Input» und «Output», auch sie ist paradoxiefrei.

Häufig wird in der Diskussion übersehen, dass die heutige Zielsteuerung mit Standards und Leistungstests nicht einfach einen «neoliberalen» Anschlag auf die staatliche Schule darstellt, sondern gerade als demokratisches Anliegen verstanden werden kann. Die Qualität der Schule wird transparent und die kann so in der Öffentlichkeit ohne die Selbstsicht der Lehrer beurteilt werden. «Neoliberal» ist oft ohnehin nicht mehr als ein Kampfbegriff (Rodgers 2018).

Für die demokratische Version stand in den Vereinigten Staaten lange die Entwicklung von «Charter Schools», die mit staatlichen Mitteln finanziert und privat betrieben werden. Sie können von Eltern gewählt werden, was im System der staatlichen Schuldistrikte nicht möglich war. Starken Rückhalt fand diese Idee in der Administration von Barack Obama, der heute als «Ghost of School Reform» bezeichnet wird (Zimmerman 2019, S. 37).

Wenig bekannt im europäischen Ausland ist seine Initiative «Race to the Top», die 2009 begonnen hat und sehr ehrgeizige Ziele verfolgte.³ Auch hier gibt es keine Paradoxien, die in der Praxis unvermeidlich sind. Der Aufbau von Datensystemen etwa und die Nutzung von Daten für Rückmeldungen werden so verstanden, dass der Effekt garantiert ist, wenn nur die Vorgaben erfüllt werden.

Obama glaubte - und glaubt - fest an die «Charter Schools», durch die, jedenfalls in der Theorie, sichergestellt werden kann, dass Eltern die Schule für ihre Kinder aussuchen können, die sie für geeignet halten. Obama befürwortete weiterhin Leistungslöhne für Lehrer, die davon abhängig gemacht werden, ob ihre Schülerinnen und Schüler messbare akademische Leistungen erzielen, also in Tests vordere Plätze belegen.

Obamas Initiative erlaubt den amerikanischen Gliedstaaten, sich um Bundesmittel zu bewerben, die im Wettbewerb mit anderen Staaten bewilligt werden, abhängig davon, ob sie den Kriterien der Obama-Reform entsprechen.

- Staaten werden belohnt, wenn sie Leistungslöhne einrichten und zahlenmässige Beschränkung der Charter Schools auflösen.
- Praktisch heisst das, sie mussten die Richtlinien des nationalen Common-Core-Curriculums⁴ übernehmen und Standards etablieren, die akademischen Erwartungen entsprachen.

³ <https://www2.ed.gov/programs/racetothetop/index.html> (Zugriff am 17. April 2019).

⁴ www.corestandards.org/ (Zugriff am 17. April 2019)

- Die Leistungskontrolle erfolgt durch Tests, die Ergebnisse sind auch Grundlage für die Löhne der Lehrerinnen und Lehrer.

Diese Politik war mit dramatischen Konsequenzen verbunden. Die Zahl der «Failed Schools» stieg an, damit einhergehend die Zahl der Schulschliessungen, die angeordnet werden, wenn sich die Schulen als unfähig erweisen, die Testergebnisse ihrer Schülerinnen und Schüler zu erhöhen. Besonders betroffen sind die städtischen Schulen in den Armenvierteln. Sie tragen die grössten Risiken, geschlossen zu werden.

“Sometimes a closed school was reconstituted as a different public school in the same building; sometimes it was replaced by a nearby charter school, privately operated but funded by public dollars; sometimes there was nothing at all in its stead, requiring parents to find schools outside their neighborhoods as well as transportation to get their children there” (ebd.)

Paradoxe geht es eigentlich nicht. Die einfache Unterscheidung zwischen Gewinnern und Verlierern produziert nicht etwa Klarheit, sondern obskure Folgekosten, die in keiner Zielbeschreibung vorgesehen waren. Die Praxis folgte nicht der Erwartung und die unerwarteten Effekte widersprachen allen Annahmen der Theorie.

Wer die guten Schulen belohnt und die schlechten schliesst, verbessert nicht allein deswegen die Leistungen. Auch der Anstieg der Testleistungen sagt nicht viel aus, wenn die Ausgangslage sehr tiefe Schulleistungen war. Generell haben Tests langfristig wenig konsistente Effekte auf Leistungen in Kernfächern. Auch in Charter Schools ist die Verbesserung der Leistung abhängig von gezielter Förderung (ebd., S. 38/39).

Doch wie kommt man auf die Idee einer radikalen Umstellung der Steuerung des Schulsystems? Die Doktrin der freien Wahl hat die staatliche Schulversorgung herausgefordert und soll sie gänzlich aushebeln. Das ist heute amerikanische Bundespolitik, aber nicht die Erfindung der Trump-Regierung. Obamas Geist ist an dieser Stelle sehr präsent, auch wenn Trump selbst alles tut, sich von ihm zu distanzieren.

- Aber Ideen wie die freie Schulwahl entwickeln eine Überzeugungskraft quer zu den politischen Lagern,
- auch weil sie so einfach sind und unmittelbar Zustimmung erzeugen.
- Warum sollte man nicht den Eltern die Wahl lassen, wo sie ihre Kinder einschulen?

Doch Schulwahl ist nicht gleich Schulwahl, vor allem nicht im Blick auf die Freiheit. In manchen deutschen Bundesländern ist die Wahl der Schule den Eltern freigestellt, aber nur im Rahmen des Angebotes der Behörden und ohne jede Finanzmacht. Eltern erhalten keine Bildungsgutscheine, mit denen die Summe, die die Schulbildung pro Jahr und Kind kostet, an sie transferiert wird und die sie frei einsetzen können. Sie können so auch eigene Schulen gründen, wofür es Beispiele aus Schweden gibt.

Insofern besteht in Deutschland eine gebundene Freiheit, die durch die Zahl der Plätze, den Schulweg und die Intransparenz der Schulen beschränkt wird. Das ist überall dort anders, wo Bildungsgutscheine zum Einsatz kommen. Allerdings gibt die Freiheit Kräften Auftrieb, die unter «Bildung» kein Gemeingut mehr verstehen. Die Eltern hätten die Freiheit von Kunden und so des Geldes.

Zur Trump-Koalition, also den Trägern und Profiteuren seiner Wahl, gehören evangelikale Geldgeber, die mit einflussreichen Sekten verbunden sind. Sie bekämpfen die gesetzliche Schulpflicht seit ihrer Einführung und stellen nunmehr die amerikanische Secretary of Education, die offen religiöse Lernziele für die Allgemeinbildung vertritt und damit das Prinzip der Fachlichkeit des Lehrplans entwertet hat. Hinter dieser Entwicklung stehen nicht nur die Geldgeber, sondern zugleich auch ökonomische Theorien (Mayer 2016; MacLean 2017).

Deren Einfluss reicht weit zurück und ist ständig gewachsen. Im Februar 1959 haben die beiden amerikanischen Ökonomen James Buchanan und Warren Nutter in einem Positionspapier für das Thomas Jefferson Center for Studies in Political Economy gefordert, dass sich der Staat aus der Gestaltung der Bildung komplett zurückziehen und die Art und Weise des Unterrichts der Nachfrage und dem Arbeitsmarkt überlassen soll (MacLean 2017, S. 67).⁵

Das Positionspapier war nicht zur Veröffentlichung gedacht und erregte trotzdem erhebliches Aufsehen (ebd., S. 67/68). Bereits der Titel „The Economics of Universal Education“ (Nutter/ Buchanan 1959) zeigte die Richtung an.

- Es ging um die Widerlegung der drei Grundlagen der öffentlichen Bildung,
- also die gesetzliche Schulpflicht,
- die Garantie der Mindeststandards durch staatliche Lehrpläne
- sowie die Finanzierung der Schulen aus dem allgemeinen Steueraufkommen durch eigene Budgets (ebd., S. 3).

Alle drei Pfeiler basierten auf der Annahme, dass die gesamte Gesellschaft von der öffentlichen Bildung profitieren werde (ebd., S. 4). Weil das aber nur ein Grenzwert sei, dürfe die Bildung nicht einem staatlichen Monopol überlassen werden. Es müsse daher private Alternativen und Wettbewerb geben, finanziert, aber nicht gesteuert durch den Staat.

Das Gegenmodell zum staatlichen Paternalismus des 19. Jahrhunderts begründet sich mit der Theorie der freien Wahl, wonach jeder Mensch frei sein sollte, sich mit Personen seiner Wahl zusammenzutun (ebd., S. 1).

- Schulkreise wären dann ebenso wenig nötig wie staatliche Schulen.
- Aus der Finanzierung durch den Staat kann nicht auf eine operative Pflicht geschlossen, eigene Schulen führen zu müssen (ebd., S. 5).
- Die Finanzierung der Schulen kann mit staatlichen Bildungsgutscheinen erfolgen,
- dann würde das Geld der vorausgegangenen Wahl folgen, nicht umgekehrt die Wahl dem Geld.

Es ist erstaunlich, dass und wie sich diese Idee nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern etwa auch bei der Weltbank oder OECD als zentrale Option für Bildungsreformen durchgesetzt hat.

Fortschritte in der Bildung, so Buchanan und Nutter, werden durch Experimente erzielt (ebd., S. 7), aber dieses kantische Argument⁶ wird auf Markt und Wettbewerb bezogen,

⁵ Die Idee geht auf Friedman (1955) zurück.

⁶ Kant (1803), S. 11.

nicht auf pädagogisch begründete Alternativschulen. Dann würde nicht die kontrollierte Erfahrung über den Ausgang des Experiments entscheiden, sondern die Nachfrage. In der Folge würde das schulische Angebot sich von Gemeinde zu Gemeinde unterscheiden (ebd., S. 8). Ein Lehrplan für alle wäre dann nur die Herrschaftsattitüde eines Monopolisten.

James Buchanan erhielt 1986 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Mit Obamas «Race to the Top» und der Hilfe des amerikanischen Supreme Court ist sein Konzept keine zwanzig Jahre später zur Regierungspolitik geworden. Schon vorher gab es Voucherprogramme und finanzielle Anreize durch den Bund. Seit 2002 können religiöse Gruppen mit staatlichen Geldern Schulen ihrer Wahl finanzieren.⁷ Und die Trump-Regierung hat mit den Bildungsgutscheinen - bei rigider Kürzung der Bundesmittel für staatliche Schulen - eine Investition in noch grösserem Stil als die Vorgängerregierung verbunden.⁸

Eine der einflussreichsten Vereinigungen zur Durchsetzung der konservativen Politik ist der American Legislative Exchange Council (ALEC). Auf dem Jahrestreffen der Vereinigung am 29. Juli 2017 sagte die evangelikale Bildungsministerin Betsy DeVos unter Berufung auf die amerikanischen Gründungsväter, dass erst die freie Schulwahl für demokratische Verhältnisse in der Bildung sorgen werde.⁹ Tatsächlich soll eine im Kern religiöse Agenda durchgesetzt werden, die von langer Hand vorbereitet worden ist (Stewart 2012).

3. *Frattons Bitten*

In Deutschland oder auch in der Schweiz ist von diesen Tendenzen bislang wenig zu spüren. In der Bildungsdiskussion sind ganz andere Themen vorrangig, die aber durchaus ähnliche Ziele verfolgen.

- Professionalität und Fachlichkeit lassen sich auch auf andere Weise angreifen, etwa mit der neuen Kultur des freien Lernens.
- Letztlich wird auch hier die Frage gestellt, welche Macht dem Staat in der Bildung zukommen soll.
- Und so geht es erneut um Freiheit, aber nicht der Wahl, sondern des Lernens.

Im Kern erkennt man Wiederholungen der „kindzentrierten Pädagogik“ vor und nach dem Ersten Weltkrieg, als Marietta Johnson die Progressive Erziehung in die Schlagzeilen der New York Times brachte¹⁰ und so eine kleine Alternativschulbewegung mit ihrer radikalen Rhetorik landesweit bekannt machte.

Die amerikanischen Schulen hat das wenig berührt. Zur gleichen Zeit entstanden die staatlichen High Schools, die Lernpsychologie, mit ihr die Leistungstests und so die

⁷ Die freie Schulwahl war Teil eines übergreifenden Reformprogramms, das die religiöse Rechte nur aufgegriffen und für sich instrumentiert hat, legal, nachdem der Supreme Court im Jahre 2002 die Finanzierung von religiösen Privatschulen mit staatlichen Bildungsgutscheinen gutgeheissen hat.

⁸ Das erste Erziehungsbudget für 2017 sah 400 Millionen Dollar und nochmals eine Milliarde Dollar allein als Anreize zur Förderung von Privatschulen und freien Wahlen vor. Das Motto lautet: „Dollars follow the students“ (Washington Post vom 17. Mai 2017).

⁹ <http://time.com/4866888/betsy-devos-denver-protests-alec-speech/>

¹⁰ New York Times March 16th 1913.

Zielsteuerung, weiter der Intelligenztest, die Curriculumtheorie und die akademische Lehrerbildung. Damit sollte die Schule entwickelt und weder herausgefordert noch abgeschafft werden.

Hundert Jahre nach Marietta Johnson sind die Leitideen nach wie vor attraktiv. Der populäre Slogan lautet: „We teach children, not subjects“.¹¹ Der Slogan soll darauf verweisen, dass man im Unterricht primär die Kinder ernst nehmen muss und einen rigiden Lehrplan vermeiden sollte, aber wörtlich genommen, ist der Slogan einigermaßen absurd. Natürlich unterrichten wir Kinder, aber die entscheidende Frage ist: *was* unterrichten wir und *wie*? (Barrow 1997, S. 118).

Doch der Slogan entwickelt polemische Kraft und fixiert Überzeugungen gerade dann, wenn man ihn wörtlich nimmt. Was genau es heissen würde, Kinder *statt* Fächer zu unterrichten, muss von den Anhängern nicht gesagt werden. Der Slogan segnet alles ab, was mit Alternativen zum herkömmlichen Unterricht zu tun hat, unabhängig davon, dass dieser Unterricht mehrheitlich die Schule bestimmt und nicht so schlecht sein kann, wie man ihn machen muss, wenn man die Alternativen ins Spiel bringen will.

Mit diesem Slogan im Hintergrund der pädagogischen Überzeugungen sind altersdurchmischter Unterricht oder selbstorganisiertes Lernen heute wieder zu Reformfavoriten geworden,¹² ähnlich wie die Projektmethode oder das Lernen nach eigenem Tempo, mit dem unterstellt wird, Lernen nach gleichem Tempo, also innerhalb einer Lektion, sei irgendwie kinderfeindlich.

Meistens wird auch angenommen, nur der aktive Lerner sei ein guter Lerner, womit man dann bei der Diskussion der «Arbeitsschule» um 1900 angekommen wäre. Zuhören gilt nicht als Aktivität, sondern nur herstellen, machen und sich einbringen. Deswegen wird der Frontalunterricht unter Bann gestellt und gilt Selbsttätigkeit als Königsweg der Schulreform.

Reformvorstellungen wie diese basieren auf einer ebenso eingängigen wie hochsuggestiven Sprache, der schwer zu widersprechen ist und die immer wieder auch politisch Gehör findet. Es ist eine öffentliche Sprache, die voll ist von idealisierten Patentrezepten, die in der Lehrerbildung und ihren Überzeugungswelten immer noch und weiterhin ihren festen Platz haben. Die Folgen lassen sich an einem Fallbeispiel zeigen, in dem deutlich wird, wie eine radikale Kindorientierung für die staatliche Regelschule die deutsche Bildungspolitik erreicht hat.

Der Schweizer Bildungsunternehmer Peter Frattton hat in Baden-Württemberg zuerst die Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen¹³ und später auch die Landesregierung beraten,

- Er ist bekannt geworden durch seine vier „pädagogischen Urbitten“, die zu einem radikalen Umdenken in der Erziehung auffordern sollen.
- Wer diesen Bitten Folge leistet, könne gar nicht anders, als Lernen einzig „vom Kinde aus“ zu denken und aus Lehrern „Lernbegleiter“ zu machen.
- Es sind „Bitten“, bei denen Kinder nie gefragt wurden.

¹¹ <https://davidwees.com/content/i-teach-kids-not-subjects/>

¹² Beide Konzepte erzielen auf der Skala von John Hattie nur schwache Effektstärken (Hattie 2009, S. 91ff., 193f.)

¹³ Vortrag vor der Fraktion zum Thema „Schule der Zukunft“ am 20. Juni 2008.

Die Verbindung zu Fratton kam auch über die ehemalige Rektorin der Pädagogischen Hochschule Weingarten zustande. Aus dieser Position heraus wurde Margret Ruep im Mai 2011 in der neuen grün-roten Landesregierung Ministerialdirektorin im sozialdemokratisch geführten Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. Zwei Jahre später wurde sie in den einstweiligen Ruhestand versetzt.¹⁴ Ein nicht offiziell genannter Grund war die massive Kritik am Einfluss Frattons.¹⁵

Frau Ruep hat vor ihrer Nominierung zur Ministerialdirektorin zusammen mit Peter Fratton veröffentlicht¹⁶ und trat danach sie mit ihm als Referentin auf, so am 5. Juli 2012 im Kurhaus in Bad Krozingen. Das Fachsymposium wurde veranstaltet für Lehramtsanwärter und Referendare, die im Sommer 2012 ihren Vorbereitungsdienst abgeschlossen hatten. Anwesend waren 400 Personen am Ende ihrer zweiten Ausbildungsphase. Fratton wurde im Programm als „Bildungsexperte“ aufgeführt und sprach zum Thema „Lernen neu denken“. Vorher erklärte Ruep das Konzept der neuen „Gemeinschaftsschule“.¹⁷

Wenige Monate später hat sich der Schweizer Bildungsexperte aus Baden-Württemberg zurückgezogen. Der Grund war der heftige Widerstand gegen seine Konzepte aus den Reihen der Lehrerschaft. Gerade Referendare und junge Lehrer sahen ihre ganze Ausbildung in Frage gestellt, in der sie das Gegenteil erfahren hatten, nämlich die Verantwortung für den von ihnen gestalteten Unterricht.

Eine solche „Fundamentalopposition“ sei er aus der Schweiz nicht gewohnt, sagte der Berater und verliess das deutsche Bundesland.¹⁸ Frattons vier „Urbitten“ lauten:

- Erziehe mich nicht
- Bringe mir nichts bei
- Erkläre mir nicht
- Motiviere mich nicht

Die „Urbitten“ gehen auf ein Gespräch mit der Psychotherapeutin Ruth Cohn zurück. Sie sollen das pädagogische Feld irritieren und wenn das erfolgreich war, kann man Frattons Homepage besuchen, wo die Urbitten «aufgelöst» werden.¹⁹

Aber eigentlich sprechen sie für sich selbst, anders wäre Ruth Cohn keine gute Referenzperson gewesen. Ein Postulat der TZI-Methode lautet bekanntlich: «Sei die Chairperson deiner selbst». Wer dem folgt, braucht keine Schule, sondern nur Lernumgebungen zur kommunikativen Selbstverwirklichung.

Offenbar besteht Bereitschaft, sich auf diese neue Anti-Pädagogik einzulassen und darin mehr zu sehen als Provokationen, zumal es Praxisbeweise geben scheint wie etwa die Freie Schule in Künzelsau im schwäbischen Hohenlohekreis, die eine Stiftung finanziert und

¹⁴ <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.ministerialdirektorin-im-kultusministerium-muss-gehen-amschefin-im-kultusministerium-muss-gehen-page1.3ea9b277-4f10-4513-bae1-26bf63bc2542.html>

¹⁵ <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.gut-versorgte-ex-amschefin-spaete-abloesung-ist-fuer-spitzenbeamtin-viel-geld-wert-page1.7ba7b3e9-f605-4e23-919b-d8b7ab0452c6.html>

¹⁶ Ruep (2011).

¹⁷ <http://whrs.seminar-freiburg.de/site/pbs-bw/node/805125/Lde/?LISTPAGE=805085>

¹⁸ <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.nach-rueckzug-des-beraters-cdu-sieht-das-kultusministerium-in-erklaerungsnoeten.31d939f1-1f01-4277-8e17-23f402cc0505.html> Siehe auch: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Juni 2013. Fratton sollte die Einführung der Gemeinschaftsschule koordinieren.

¹⁹: http://peterfratton.ch/?page_id=478

die Fratton begleitet hat (Würth/Fratton 2011).²⁰ Aber nur weil es eine Schule mit einem alternativen Konzept gibt und von „neuer Lernkultur“ gesprochen wird, ist das noch kein Praxisbeweis. Den erhält man durch unabhängige Vergleiche und nicht durch Zustimmung zum Konzept.

Alternativen zur Schule jedoch scheinen in der Öffentlichkeit an Einfluss zu gewinnen. Das lässt sich am „Colearning“ zeigen, von dem in der Alternativpädagogik zunehmend die Rede ist. Es handelt sich nicht um die „ko-konstruktiven Lernumgebung“ der heutigen Didaktik, die früher einmal „partnerschaftlicher Unterricht“ genannt wurde und bislang nicht sehr weit in die Praxis vorgedrungen ist.

- Man könnte einwenden, dass «partnerschaftliches» Lernen allein deswegen so exotisch zu sein scheint,
- weil staatliche Vorgaben wie Lehrpläne, Zeugnisse und Noten eine Partnerschaft verhindern und die Autorität einseitig festlegen.
- So argumentieren auch Vertreter des „Colearnings“, nur dass sie noch die Partnerschaft in Frage stellen.

Was damit gemeint ist, kann man in Wien sehen. Dort gibt es im Markhof, einem kommunalen Zentrum für alternative Formen des Wirtschaftens und Zusammenlebens, eine Gemeinschaft für Colearning, die sich von jeder Art Verschulung verabschieden will und damit heute urbane Nachfrage erzeugen kann.

Die Kinder und Jugendlichen, die dort lernen, sind so genannte „Homeschooling-Kids“, das sind Kinder, deren Schulbesuch durch häuslichen Unterricht ersetzt wird. In Österreich gibt es eine gesetzliche Regelung, die dies, anders als in Deutschland, erlaubt und zwar ohne Auflagen. Jedes Elternpaar oder jedes Paar mit einer Erziehungsberechtigung kann einen Antrag stellen, die Regelschulung für ihre Kinder zu beenden oder gar nicht erst damit anzufangen. Die Kinder müssen lediglich extern eine jährliche Prüfung bei einer bewilligten Prüfungsschule ablegen. Wie sie den Stoff für die Prüfung erarbeiten, steht ihnen frei.

Aber es geht nur am Rande um eine solche Prüfung. Im Kern des Colearnings steht nach eigenen Angaben das Bewahren und Wiedererlangen kindlicher Eigenschaften wie Neugier, Kreativität und Begeisterung, die in der Schule keinen Platz haben und deswegen verloren gehen. Glaubt man daran, übernimmt man eine Position des Berliner Schulreformers Berthold Otto vor dem Ersten Weltkrieg.

Im Colearning wird gleichberechtigt gelernt, hierarchische Strukturen werden durch eine flexible Organisation ersetzt, sowohl Kinder als auch Erwachsene sind Lernende und Lehrende, so soll ein generationsübergreifendes Lernkonzept gesichert werden, das ohne künstliche Rollentrennung auskommt.

- Statt Lehrerinnen und Lehrer gibt es dann Lernbegleiterinnen und Lernbegleiter.
- Diese sind Experten für Lernprozesse und Gruppendynamik, Expertise für das zu erlernende Themenfeld wird nicht vorausgesetzt.
- Wer als Lernbegleiter von Kindern und Jugendlichen tätig ist, braucht kein Fachstudium und keine pädagogische Berufspraxis,

²⁰ Nach eigenen Angaben folgen etwa 120 Schulen Frattons Konzept (vgl. Fratton 2014).

- weil für Themenfelder überall nach Expertise gesucht werden kann.

Als Lernbegleiter arbeiten Eltern, junge Studenten sowie Pensionierte, die ihre Expertise an die Kinder weitergeben und „Elders“ genannt werden. Unterstützt werden sie von externen Fachleuten. Interessieren sich die Lernenden für ein Thema, so wird im Netzwerk nach einer Person mit Praxiserfahrung und Willen zur Weitergabe ihres Wissens gesucht. Dafür steht auch ein Ausdruck zur Verfügung, nämlich *Unschooling*.

- Lehrer im professionellen Verständnis sind überflüssig, ebenso Stundenpläne oder staatliche Lehrmittel.
- Wissensthemen werden anders als in konventionellen Schulen nicht in 50-Minuten-Intervallen, sondern in mehrwöchigen Blöcken angeboten.
- Um Themengebiete zu erarbeiten, werden die Kinder in altersgemischten Kleingruppen mit Altersunterschieden von maximal drei Jahren und Gruppengrößen von sechs bis acht Personen eingeteilt.
- Dann wird bestehendes Wissen recherchiert und erforscht.²¹

Colearning ist in Österreich heftig umstritten, besonders bei den Lehrprofessionen, wie man sich denken kann. Es gibt bislang nur wenige Versuche, die häufig auch in einem rechtsesoterischen Umkreis stattfinden, was vor allem die Kritik herausgefordert hat. Aber offenbar findet die Rhetorik Zuspruch, kommt auch bei bestimmten Elterngruppen gut an und verstärkt den Wunsch nach Alternativen.

4. Skinner's Box

Die wirklichen Probleme sind mit Schulkritik nicht zu erfassen. Sie liegen dort, wo sich das Lernen digitalisiert und auf eine Weise selbst organisiert, wie es keine «neue Lernkultur» der Schule zulassen könnte, ohne sich selbst zu gefährden. Lehrer können schlecht zu «Influencern» mutieren, die mit eigenen Kanälen und Klickzahlen jene vordemokratische Autorität ausüben, die die Schule gerade überwunden hat.

Angesichts der medialen Fragmentierung und Parzellierung des Lernens stellt sich die Frage, wie sich die Qualität der Allgemeinbildung erhalten lässt und warum das in vielen heutigen Reformoptionen keine Rolle spielt. Immerhin geht es um die Bildungsgrundlagen künftiger Bürgerinnen und Bürger, die nur die Schule vermitteln kann. Das scheint den Anhängern der radikalen Kindzentrierung und des freien Lernens egal zu sein. Sie sehen nur das Kind und nicht den späteren Erwachsenen.

Das Konzept des freien und selbstbestimmten Lernens stammt aus dem Zeitalter vor der Digitalisierung und konnte solange polemische Kraft entfalten, wie die Unterdrückung des Kindes durch pädagogische Institutionen angesagt war. Das scheint sich ins Gegenteil verkehrt zu haben. Heute wachsen Kinder und Jugendliche in Erfahrungsräumen auf, die von Konsum und Smartphones geprägt werden, „selbstorganisiert“ zu nutzen sind und das Lernen auf konstante Unterhaltung festlegen.

- Die Nutzung ist ebenso freiwillig wie zwanghaft und sie ist folgenreich, weil sie das weitere Verhalten in einer bestimmten Richtung festlegt.

²¹ <https://www.profil.at/oesterreich/eltern-erschaffen-alternative-schule-8203050>

- Die „Generation Smartphone“ verlernt das „look up“, also die Trennung von Wahrnehmung und Gerät (Gary Turk: https://www.google.ch/?gws_rd=ssl#q=gary+turk+look+up),²²

Damit fragt sich, wie die Digitalisierung des Lernens zum Bildungsanspruch der Schule passt und ob ich hier Welten gegenüberstehen, die nicht kompatibel sind, auch wenn in Deutschland gerade eine «Digitalisierungsoffensive» begonnen worden ist, also der Bund die Tablets bezahlt.

Im Sinne dieser Frage ist Facebook ein universelles Lernmedium und das erste seiner Art, allerdings verengt das Medium «Lernen» auf behavioristische Anreize und kann so als perfekte Inkarnation von Skinner's Box verstanden werden, also einem Testkäfig, mit dem das Verhalten durch Verstärkung konditioniert wird (Vaidhyanathan 2018, S. 36-41). Die Nutzung ist leicht und unmittelbar verständlich, aber sie macht abhängig, legt eindimensional Verhalten fest und fördert einzig die zum Medium passenden Gewohnheiten.

Aus diesem Grunde ist Facebook gerade kein «soziales» Medium, sondern dient einfach dem operanten Konditionieren, das zwischen Lernen und Bildung keinen Unterschied macht. Allein das zeigt, welche Bedeutung es hat, an Bildung festzuhalten und Lernen auf Anforderungen zu beziehen, die nicht identisch sind mit einer Situation des Lernens, die nur zwischen Reiz» und «Reaktion» oder «like» und «dislike» unterscheiden kann.

Gerade deswegen ist Facebook ein politisches Medium, weil mit den Daten, die jeder von sich preisgibt, Verhaltensprofile entwickelt werden, die es erlauben, Wähler viel präziser für politische Botschaften ansprechen zu können als dies in der konventionellen Wahlwerbung je der Fall gewesen ist (ebd., S. 149). Und diese Botschaften sollen konsumiert werden wie alle anderen auch.

Zwischen Bürgern und Konsumenten muss unterschieden werden. Das ist etwa unter amerikanischen Juristen, also in einem Land mit extremer Polarisierung, auch kaum strittig.

- „Citizens do not think and act as consumers“ (Sunstein 2017, S. 167).
- Deswegen kann sich auch die Bildung nicht auf Konsumenten beziehen, sondern nur auf künftige Bürger, unabhängig davon, ob die Bildung staatlich angeboten wird (ebd., S. 166/167).
- „Acting together as citizens, people can solve problems that prove intractable for consumers“ (ebd., S. 168).

In China dagegen lässt sich von einem Fundamentalismus des Staatsapparates sprechen, der sich die Moralhoheit über das eigene Volk verschaffen will und dazu neben der Repression von Glaubensgemeinschaften und damit verbunden einer Praxis der „Umerziehung“ als Neustart der Lagerpädagogik²³ auch einen digitalen Behaviorismus zur Tugendkontrolle aller Bürgerinnen und Bürgern entwickelt hat (Strittmatter 2018).

Nirgendwo ist der politische Einfluss Skinners grösser als in der Volksrepublik.²⁴ Die Bürger erhalten für Wohlverhalten Belohnungen und werden für Abweichungen bestraft. Der Stand der Tugend kann einem staatlichen Konto entnommen werden, eine Steuerung durch

²² 61.470.433 Aufrufe bei YouTube (18. April 2019).

²³ Neue Zürcher Zeitung Nr. 49 vom 28. Februar 2019, S. 7.

²⁴ Neue Zürcher Zeitung Nr. 269 vom 18. November 2017, S. 14. Die Zeit Nr. 49 vom 30. November 2017, S. 47. Süddeutsche Zeitung Nr. 27 vom 2. Februar 2018, S. 3.

Gewissen braucht es dann nicht mehr zu geben. Das entspricht Skinners Theorie: Das menschliche Verhalten benötigt weder Geist noch Bewusstsein, sondern basiert vollständig auf gelernten Reaktionen, die Reizen aus der Umwelt gefolgt sind.

Auch die liberale Öffentlichkeit als Ort der Meinungsbildung oder gar einer diskursiven Ethik hätte in einer programmierten Tugendrepublik ausgedient, weil es nur noch auf kontrolliertes Wohlverhalten ankommt. Anders als in früheren Systemen lässt sich nicht mehr zwischen öffentlicher Anpassung und privatem Rückzug unterscheiden, weil vom Verhalten Rückschlüsse auf die Überzeugung möglich sind.

Das ist keine ferne Realität und sie lässt sich kaum im blossen Vertrauen auf emanzipatorische Effekte der Bildung unterlaufen. Oder zurückhaltender gesagt, das System der Tugendkontrolle wäre der Test auf jede demokratische Pädagogik und wieweit sie auf Grundlagen beruht, die dem digitalen Behaviorismus standhalten.

Auch unabhängig von der Tugendkontrolle und ob sie nicht doch mit der List der pragmatischen Vernunft unterlaufen werden kann - Bildung lässt sich wie Verhalten radikal subjektivieren und neu steuern, ohne dass ein staatliches Monopol und dessen Bündelung von Berechtigungen notwendig wären. Das heutige System kann erfolgreich historisiert, als veraltet hingestellt und mit radikalen Alternativen neu gedacht werden.

- Eine Möglichkeit wäre ein spezielles Punktekonto, auf dem alle Lernleistungen des Lebens verzeichnet werden.
- Die Leistungen werden bei verschiedenen Lernanbietern überall auf der Welt erbracht online erbracht.
- Der erreichte Punktestand zu kann zu verschiedenen Zwecken eingesetzt werden, ohne dafür staatliche Zeugnisse und Noten zu benötigen.
- Schulabschlüsse, Berufslehren und Berechtigungen entfallen.

Der heutige Digitalpakt könnte dafür der erste Schritt sein, auch wenn bislang niemand damit die Entstaatlichung der öffentlichen Bildung in Verbindung gebracht hat. Aber Zugänge zum Bildungsmarkt, einmal geöffnet, lassen sich kaum wieder schliessen. Und Bildungsbiografien sind schon heute ein Patchwork aus sehr verschiedenen Lernquellen, denen nur die staatliche Anerkennung fehlt.

Die Entschulung ist also keine Phantasie mehr. Ein kommender Technologiesprung wird mit dem System der „Blockchains“ gegeben sein, also einem System dezentraler Datenbanken, die für verschiedene Zwecke eingesetzt werden. Die Möglichkeiten reichen von alternativen Währungen und Zahlungssystemen über intelligente Verträge, Buchführung, persönliche Dokumentation bis hin zum E-Voting und der Prognose der Finanzen.²⁵

Blockchains, die mit der Alternativwährung Bitcoins entwickelt wurden,²⁶ werden inzwischen vom World Food Programme (WFP) der Vereinten Nationen zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs eingesetzt und sind inzwischen auch im Bildungsbereich spürbar. Dort werden neue Möglichkeiten der Selbststeuerung sichtbar.

²⁵ Neue Zürcher Zeitung Nr.269 vom 18. November 2017, S. 14.

²⁶ Narayanan et al. (2016)

Was man lernt, wird in „edublocks“ dokumentiert,²⁷ wobei „Lernen“ formell wie informell erfolgen kann. Mit dem Konto ist man überall kreditwürdig, wo Lernen angeboten wird, man kann selbst wählen und Schulen wären dann nur noch ein Anbieter unter vielen. Das Schlagwort lautet: „Learning is earning“ oder man kauft, was man braucht. James Buchanan kommt näher, könnte man auch sagen.

Aber damit wäre eine grundlegende politische Ordnungsvorstellung ausgehebelt und durch einen radikalen Individualismus ersetzt. Bildung wäre nichts weiter als Lernnachfrage, über die jeder selbst entscheiden kann. Eine verbindliche Allgemeinbildung und so einen Generationenvertrag würde es dann nicht mehr geben.

Auf dieser Linie lässt sich eine Welt ohne Lehrer denken oder besser eine Welt, in der jeder Lehrer sein kann, ohne dass ein Beruf und in diesem Falle eine staatlich geschützte Kaste vorhanden sein müssen. Lehrer, die wir heute kennen, wären überflüssig, wie die Taxifahrer im System „Uber“ oder die alten Industriearbeiter vor dem 3D-Drucker. Das kann man als eine geschickte Art der Bedrohung ansehen, gegen die Einwände zwecklos sein sollen.

Dabei gibt es aus berufenem Mund deutliche Warnungen. Edward Snowden etwa hat auf die Sicherheitsrisiken neuer Technologien wie die Gesichtserkennung des iPhoneX hingewiesen. Man stelle sich die Nutzung in der Hochschuldidaktik vor, wenn die Professoren von der Mimik auf Interesse und Eifer schliessen könnten.²⁸

Doch einfach nur Big Data zu folgen, macht keinen Sinn und ist gesellschaftlich gesehen auch gefährlich, wie die amerikanische Mathematikerin Cathy O’Neil (2016) gezeigt hat. Sie weist nach, dass die Steuerung durch Algorithmen auf mathematischen Modellen basiert, die undurchsichtig, unreguliert und doch unanfechtbar sind, auch dann, wenn sie sich als falsch herausstellen.

Ihre Entscheidungen sind in den Worten von O’Neil „weapons of math destruction“, sie bewerten in den Vereinigten Staaten Leistungen von Lehrern und Schülern, gewähren oder verweigern Darlehen, evaluieren die Arbeit, überwachen die Gesundheit, beeinflussen die Bewährung von Straftätern und - nicht zuletzt - beeinflussen Wähler.²⁹ Das freut die Autokraten und für die liegt es vermutlich schnell nahe, dem chinesischen „social credit system“ zu folgen.

Doch zurück zur Schulkritik, die heute eine Neuauflage erlebt. Schon Pestalozzi polemisierte auf den Spuren Rousseaus gegen die öffentliche Schule, die nunmehr technologisch überholt zu sein scheint. Und warum sollte den Schulen das Schicksal der Musikindustrie (napster) oder der Hotelbranche (airbnb) erspart bleiben?

Grundlegend für das Konzept der Allgemeinbildung ist die Annahme, dass sich Bildung über die Schulzeit aufbauen muss, dafür eine breite fachliche Basis braucht und Fremdbetreuung verlangt. Das ist seit der Reformation auch die Grundlage der Schulorganisation, die die Schulpflicht zur Voraussetzung hat.

Die Frage ist, ob diese Grundlage noch hält und wenn ja, für wie lange? Im digitalen Zeitalter scheint „Bildung“ eher das zu sein, was man sich als Lernender selbst an

²⁷ <http://hackeducation.com/2016/04/07/blockchain-education-guide>

²⁸ Neue Zürcher Zeitung Nr. 275 vom 25. November 2017, S. 28.

²⁹ Hirsch (2015)

Informationen zusammenstellt und als „User“ für diverse Zwecke nutzen kann, wobei die Freiheitsgrade nach oben hin offen zu sein scheinen.

Bemerkenswert ist, wie schnell der konventionelle Unterricht mit „Belehrung“ gleichgesetzt und negativ konnotiert wird, ganz so als könne man sich in der Bildung selbst am besten voranbringen. Dazu passt auch, dass Instruktion der Konstruktion weichen soll, während sich der Frontalunterricht in das Lernprogramm verlagert und Feedback durch das Programm die neue Autorität ist.

5. Illichs Erbe

Die Schulkritik geht oft einher mit Heilversprechen und wie häufig in der Pädagogik basieren sie auf Technologien, die eigentlich abgelehnt werden, weil sie der Grundvorstellung der humanen Schule widersprechen. Auch behavioristische Sprachlabore galten als qualitativer Sprung zur Selbststeuerung des Lernens³⁰ so wie heute Smartphones, die jeden Klick aufzeichnen, aber die Datenverwaltung nicht sichtbar machen. „Lernen“ ohne Schule wird zu einer Grundphantasie der Befreiung, nur weil man sich beliebig Apps herunterladen kann.

Die Vorstellung des „autonomen“ Lernens ist natürlich älter (Oelkers 2018) und sie trifft auch einen bestimmten Punkt, den nämlich, dass einem das eigene Lernen niemand abnehmen kann. Das freilich ist keine sehr umwerfende Einsicht und deshalb, denkt man, würde niemand auf Schule und die verschiedenen Arten des Lehrens und Lernens, die sie bietet, verzichten.

- Plausibel wird das durch eine radikale Negation, nämlich die der historischen Schulkultur,
- ganz so als hätte Ivan Illich gerade *Deschooling Society* veröffentlicht
- und als wäre Hartmut von Hentig mit der „entschulten Schule“ an die Öffentlichkeit getreten,
- wobei weder Illich noch Hentig Lehrer und Unterricht zur Disposition stellen und in freies Lernen nach eigenem Interesse auflösen wollten.
- Nur die historische Schule sollte verschwinden. Hentig wollte eine andere Schule und Illich gar keine.

Damit verbunden war die Vorstellung, die Chance eines völligen Neuanfangs zu haben, aber eine *tabula rasa* gibt es in der Bildungsgeschichte nicht, sondern immer nur die Idee, es könnte eine geben. Die Idee sichert die Unschuld radikaler Reformen, die sich auf Vorläufer im gleichen Geiste berufen, nie jedoch die in diesem Geiste angerichteten Fehlschläge in Rechnung stellen, die auch die historische Bildungsforschung lange ignoriert hat. Und an Fehlschlägen sind nie nur die Feinde der Reform schuldig, wie die Befürworter meistens annehmen.

Der amerikanische Wissenschaftshistoriker A. J. Angulo, der am College of Education der University of Massachusetts in Lowell Bildungsgeschichte lehrt, hat 2016 einen Sammelband herausgegeben, der nicht die Standardfrage der Pädagogik stellt, nämlich wie sich der Fortschritt der Erziehung in der Gesellschaft durchgesetzt und was ihn behindert hat.

³⁰ Bosche/Geiss (2011).

Vielmehr geht es um die ganz andere Frage, wie mit pädagogischen Projekten systematisch „miseducation“ erzeugt worden ist.

- *Miseducation* ist ein schwer zu übersetzender Begriff. Englische Synonyme wären „faulty“ oder „improper“ education,
- aber im wissenschaftshistorischen Kontext ist nicht die Abweichung von der Norm gemeint,
- sondern eher die Irreführung mit unkontrolliert guten Absichten.
- Konkret geht es um politische Entscheidungen, Überzeugungen, was die richtige Erziehung sei, und schliesslich Institutionen, mit denen statt Bildung Ignoranz und Unwissen verbreitet wurden und werden.

Der zweite Teil des Bandes ist der Mythologisierung von Ignoranz gewidmet. Am Beispiel der progressiven Pädagogik der Zwischenkriegszeit wird auf die Janusköpfigkeit von Alternativschulen hingewiesen, die im Namen der pädagogischen Freiheit Bildungsanforderungen gesenkt haben und Inseln der Seligen schaffen wollten, die für gesellschaftliche Konflikte zwischen Rassen oder Klassen kein Augenmerk hatten. Deutsche Beispiele wie die historischen Landerziehungsheime könnten hier ohne weiteres angeschlossen werden.

Die anderen Befunde beziehen sich auf pädagogisch favorisierte Identitätsmodelle für Minderheiten, die deren Bildungschancen massiv beschnitten haben. Weiter werden bearbeitet die christliche Sektenerziehung in den Vereinigten Staaten und schliesslich die pädagogische Geschichtsschreibung, die allzu lange an einer linearen Fortschrittsvorstellung festgehalten hat.

Angesichts dieser Befunde sollte man frei flottierenden Innovationsbehauptungen misstrauen, die im pädagogischen Feld immer wieder und ohne historische Kontrollen starke Beachtung finden. Warum aber sollte die Digitalisierung *nicht* zur «miseducation» beitragen? Schülerinnen und Schüler wachsen heute mit der Last ständiger Erreichbarkeit auf, sie lernen, auf Anfragen sofort zu reagieren und erwarten das von allen anderen, mit denen sie kommunizieren, ein Tag ohne Smartphone erscheint wie eine einzige Zumutung und selbst gemeinsame Mahlzeiten sind keine Schutzzone mehr.

Fortschritt ist der Feind der Konstanz und Fortschritt scheint für Bildungssysteme immer nur von aussen zu kommen, geleitet von Ideen, die bestehende Erfahrungen in Frage stellen und entwerfen können oder müssen. Der Zauber des ganz anderen ist jedenfalls in der Pädagogik ungebrochen, genauso wie der Zweifel, Probleme mit dem Bestehenden bearbeiten zu können. Deswegen ist der Schein des Neuanfangs so wichtig und deswegen treten immer wieder „neue Lernkulturen“ auf oder scheint die „Schule der Zukunft“ ein dringliches Thema zu sein, das keinen Aufschub duldet.

Interessant ist, dass Fachlichkeit dabei selten angesprochen wird. Eher stellt man sich vor, das Wissen veralte so schnell, dass schulischer Fachunterricht weder verlässliche Grundlagen liefern noch Anschluss an die Wissensentwicklung halten kann. Dann aber erscheint er leicht überflüssig und eine ganz andere Überzeugung gewinnt an Plausibilität, nämlich den Fachunterricht durch ein „selbstbestimmtes Lernen“ zu ersetzen, das frei und je nach Interesse über die Inhalte verfügen kann.

- Diese Art Individualisierung würde den mit der öffentlichen Schule verbundenen Generationenvertrag aufbrechen und eine kontrollierte Allgemeinbildung aushebeln, die ohne staatliche Lehrpläne nicht möglich ist.
- Man hätte das Lernen befreit, aber sich aus der Gesellschaft verabschiedet.

In die gleiche Richtung, nur anders begründet, gehen die Theorien zur freien Schulwahl, die mit dem Zusammenleben auch die Grundlagen der öffentlichen Bildung in Frage stellen. Jeder wählt sich die Bildung, die er für sich und seine Kinder als sinnvoll und erstrebenswert ansieht. Davon profitieren Reiche und Sekten in einem Land, das die Aufnahme eines Studiums zur Bedrohung der Lebensökonomie macht.

Betsy deVos sprach auf dem Jahreskongress des ALEC vom „Status Quo“ der staatlichen Schulorganisation, der radikal überwunden werden müsse. Auch das war nicht möglich ohne Heilsversprechen und Sendungsbewusstsein, an dem jede Kritik abperlt. Dass die freie Schulwahl die Schulleistungen nicht verbessert und dafür andere Faktoren ausschlaggebend sind,³¹ spielt keine Rolle, solange man die Forschung einfach dem Lager der Gegner zuschreiben kann.

Diese Art Mission findet man nicht nur in der Bildungspolitik, aber hier vermutlich gehäuft, weil das Schulfeld politisiert ist und auf Versprechungen des einen oder des anderen Lagers reagiert. Dass die Wissenschaft ignoriert werden kann,³² trifft auf viele Felder der Gesellschaft zu, aber nur wenige führen dann auch noch Glaubenskriege.

Aber man kann auch die Gegenfrage stellen, nämlich wie verlässlich ist der Garant der alten Ordnung, also die staatliche Schulpflicht und die von ihr definierte Fachlichkeit des Unterrichts? Wie viele Schüler können wie Roger Daltrey mit Trigonometrie nichts anfangen oder vergessen, was sie in der Schule gelernt haben? Mit Vergessen rechnet auch der PISA-Test nicht, aber was man nicht gebrauchen kann, wird vergessen.

Im historischen Vergleich ist der Umfang der Lehrpläne ständig angewachsen und in diesem Prozess der Schwellung konnte zunehmend weniger irgendein Anliegen ausgeschlossen werden. Daher ist nicht die gesteigerte Expertensprache und damit einhergehend die Unleserlichkeit das Problem, sondern die fehlenden Prioritäten. Auch deutsche Gesetze sind unleserlich, aber sie sind für Experten geschrieben und nicht, wie Lehrpläne, auch für die Öffentlichkeit.

Aber wenn Lehrpläne mit der „etcetera“-Regel abgefasst werden, die besagt, dass immer noch etwas hinzukommen kann, dann ist das nicht irrational, weil es einfach kein abgeschlossenes Register von Aufgaben und Beispielen gibt. Eher kommt es auf die Qualität der tatsächlich unterrichteten Aufgaben an und darauf, wie man die Lehrmittel als Träger der Aufgaben verbessert. Die Leistungen hängen von den Aufgaben ab, aber auch davon, wie sie vermittelt werden.

Aufgaben, anders gesagt, müssen lehrbar sein, also mit didaktischen Kulturen verbunden werden. Die Frage ist, wie sich diese historisch sehr stabilen Kulturen wandeln und ob sie die Medienrevolution überleben, wenn Technologiekonzerne, sofern sie Einfluss gewinnen, diesen nutzen werden, so die amerikanische Historikerin Diane Ravitch, um Lehrer

³¹ Statistisch waren in einem Dreijahresvergleich in Louisiana zwischen Staatsschulen und gewählten Charter-Schools keine Unterschiede in den Leistungen festzustellen (Mills/Wolff 2017).

³² New York Review of Books Volume LXIV, Number 19 (December 7-20, 2017), S. 29-33.

zunehmend durch Computerprogramme zu ersetzen, weil sich so massiv die Kosten senken lassen.³³

Didaktik ist in dieser Strategie mehr nicht zwingend mit Personen verbunden und digitale Angebote können die Fachlichkeit der Lehrpläne ersetzen. Aber ist das nun eine Dystopie, eine neue Form von *Miseducation*, oder eine wahrscheinliche und gar eine unausweichliche Entwicklung?

- Schulkritiker haben mit der Digitalisierung schon das Ende der Schule vor Augen,
- sagen aber nie genau, was dieses Ende genau sein soll und vor allem nicht, wann es eintritt.
- Auf der anderen Seite stehen auch hier grandiose und zunehmend religiös anmutende Heilserwartungen, die die politische Öffentlichkeit erreicht haben.
- Der Wandel ist auch nicht von der Hand zu weisen, die Frage ist, wie er gestaltet werden kann oder soll und was das für die Fachlichkeit der Schule bedeutet.

Die „neue Lernkultur“ aus Frattons Thurgauer Schulunternehmen, das „Haus des Lernens“ heisst, ist nichts anderes als ein Patentrezept, nur dass diese Lernkultur wie ein Produkt daher kommen kann, das beliebig eingesetzt werden kann. Eine „Kultur“ sieht eigentlich anders aus, aber der Begriff wertet das Unternehmen auf und sein einziges Produkt ist inzwischen auch zunehmend erfolgreich.

Lehrer sollen in vielen Schulen, die sich pädagogisch-fortschrittlich verstehen, besonders in deutschen Grundschulen, nur noch *Lernbegleiter* sein, „die Lernjobs verteilen, Lernarrangements gestalten und Kompetenzdiagnose betreiben. Schüler, die nun Lernpartner heissen, führen Lerntagebücher, arbeiten Lernpläne in einzelnen Lernpaketen ab, füllen Checklisten aus und tragen ihre Lernfortschritte in Kompetenzrastern ein“.³⁴

Doch der Wirklichkeit des Lernens entkommt man auch dann nicht, wenn man von einer „neuen Lernkultur“ spricht. Lerntagebücher werden von den Schülern ganz unterschiedlich genutzt, häufig entgegen den Gebrauchsanweisungen, Kompetenzraster sind verkappte Noten und nicht neutrale Aufzeichnungen der „Lernfortschritte“, Checklisten schliesslich sind eine Zumutung für jeden Fachunterricht, der das Lernen nicht formal bescheinigen, sondern inhaltlich gestalten will.

Wer alles Lernen „vom Kinde aus“ denkt und dann auch noch lenkt, wird mit der Bildung nicht sehr weit kommen oder verwendet einfach versteckte Regeln der Kontrolle, die von der Sprache des „Kindgemässen“ überlagert werden. Erstaunlich ist auch, dass „Lernen“ direkt zugänglich sein soll, ähnlich wie bei Rousseau die Natur des Kindes.

Auf der anderen Seite steht eine extreme Künstlichkeit, die die Eigenständigkeit des Lernens nicht ernst nimmt, sondern vorschreibt, während auf der anderen Seite die Fortschritte des Lernens nur auf Selbstbeobachtungen und Aufzeichnungen beruhen sollen, nicht auf Denken, Interesse und Widerständigkeit, also auf das, was wir bei heutigen Schülern voraussetzen.

³³ Ebd., S. 33.

³⁴ <https://dierkschaefer.wordpress.com/2013/05/10/die-vier-pad%C2%ADagogischen-urbitten-des-kindes/>

Aber diese Bildungseigenschaften kann nur das chinesische Modell ausschliessen oder eben Skinner's Box. Beides hat mit Schule in einer Demokratie nichts zu tun. Die muss ausgehandelt werden, sich bewähren und öffentlich überzeugen. Und Bildung hat mit Verstehen zu tun und so mit dem Überwinden von Schwierigkeiten, die die Niveaus festlegen.

Literatur

- Angulo, A.J. (Ed.) (2016): Miseducation. A History of Ignorance-Making in Amerika and Abroad. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Barrow Robin (1997): Language: Definition and Metaphor. In: Harvey Siegel (Ed.): Reason and Education. Essays in Honor of Israel Scheffler. Dordrecht/Boston/London: Kluwer Academic Publishers, S. 113-124.
- Bosche, Anne/Geiss, Michael (2011): Das Sprachlabor - Steuerung und Sabotage eines Unterrichtsmittels im Kanton Zürich, 1963-1976. In: Jahrbuch für Historische Bildungsforschung Band 16, S. 119-139.
- Daltrey, Roger (2018): Thanks a Lot Mr. Kibblewhite. My Story. New York: Henry Holt and Company.
- Fratton, Peter (2014): Lass mir die Welt, verschule sie nicht! Warum Leben und Lernen unzertrennlich sind. Weinheim/Basel: Beltz.
- Friedman, Milton (1955): The Role of Government in Education. In: Robert A. Solo (Ed.): Economics and the Public Interest. New Brunswick: Rutgers University Press, S. 123-144.
- Hirsch, Eitan D. (2015): Hacking the Electorate. How Campaigns Perceive Voters. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kant, Immanuel (1803): Ueber Pädagogik. Hrsg. v. Friedrich Theodor Rink. Königsberg: Bey Friedrich Nicolovius.
- Litt, Theodor (1927): Führen oder Wachsenlassen. Eine Erörterung des pädagogischen Grundproblems. Leipzig/Berlin: B.G. Teubner.
- MacLean, Nancy (2017): Democracy in Chains. The Deep History of the Radical Right's Stealth Plan for America. Melbourne/London: Scribe.
- Mayer, Jane (2016): Dark Money. The Hidden History of the Billionaires behind the Rise of the Radical Right. New York et al.: Doubleday 2016.
- Mills, J.N./Wolf, P.J. (2017): The Effects of Louisiana Scholarship Program on Student Achievement After Three Years. Louisiana Scholarship Program Evaluation Report No. 7. Updated July 17th 2017.
<http://www.uaedreform.org/downloads/2017/06/the-effects-of-the-louisiana-scholarship-program-on-student-achievement-after-three-years.pdf>
- Narayanan, Arvind/Bonneau, Joseph/Felten, Edward/Miller, Andrew/Goldfeder, Steven (2016): Bitcoin and Cryptocurrency Technologies: A Comprehensive Introduction. Princeton: Princeton University Press.
- Nutter, G. Warren/Buchanan, James M. (1959): The Economics of Universal Education. February 10th 1959.
<http://civilrights.woodson.virginia.edu/items/show/1225>
 (Zugriff am 19. April 2019)
- Oelkers, Jürgen (2018): Selbstreguliertes Lernen: Ein Blick in die Geschichte. In: Martin Rothland/Manfred Lüders (Hrsg): Lehrer-Bildungs-Forschung. Festschrift für Ewald Terhart. Münster/New York: Waxmann 2018, S. 191-207.
- Rodgers, Daniel (2018): The Uses and Abuses of 'Neo-Liberalism'. In: Dissent (Winter).
<https://www.dissentmagazine.org/article/uses-and-abuses-neoliberalism-debate>
 (Zugriff am 15. April 2019)
- Ruep, Margret (Hrsg.) (2011): Bildungspolitische Trends und Perspektiven.

- Hohengehren/Zürich: Schneider Verlag, Verlag Pestalozzianum. (= Professionswissen für Lehrerinnen und Lehrer, Band 6)
- Sunstein, Cass R. (2017): #republic. Devided Democracy in the Age of Social Media. Princeton/Oxford: Princeton University Press.
- Stewart, Katherine (2012): The Good News Club. The Christian Right's Stealth Assault on America's Children. New York: Public Affairs.
- Strittmatter, Kai (2018): Die Neuerfindung der Diktatur. Wie CHINA den digitalen Überwachungsstaat aufbaut und uns damit herausfordert. 2. Auflage. München: Piper Verlag.
- Vaidyanathan, Siva (2018): Antisocial Media: How Facebooks Disconnects Us and Undermines Democracy. Oxford: Oxord University Press.
- Würth, Bettina/Fratton, Peter (2011): Privatschulen - eine ergänzende Alternative zum öffentlichen Schulwesen – am Beispiel der Freien Schule Anne-Sophie in Künzelsau. In: Margret Rüp (Hrsg.): Bildungspolitische Trends und Perspektiven. Hohengehren/Zürich: Schneider Verlag, Verlag Pestalozzianum, S. 167-188.
- Zimmerman, Jonathan (2019): The Uncivil War Over Schools. In: New York Review of Books Vol. LXVI, Number 5 (March 21-April 3), S. 37-39.